

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2007

VSA

Frank Deppe

Krise und Erneuerung marxistischer Theorie

Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers

Mit Frank Deppe beendete im Sommer 2006 einer der profiliertesten marxistischen Politikwissenschaftler seine Lehrtätigkeit an der Philipps-Universität Marburg. Er gehört zu jenen, die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre im Zuge des Aufschwungs der sozialen Auseinandersetzungen und politischen Kämpfe der Arbeiterbewegung, der erneuten Zuspitzung der Widersprüche im Staatssozialismus, des Erstarkens der Befreiungsbewegungen an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems, des Aufstands der Studierenden und der Formierung der »Neuen Linken« ihre Arbeit an den Hochschulen aufnahmen. Die Universitäten wurden in dieser Zeit zu prominenten Orten der Intellektuellenproduktion, und Frank Deppe zu jenem Typus des »nonkonformistischen Intellektuellen«, der seine Arbeitsschwerpunkte in der Politischen Ökonomie des Kapitalismus, der Geschichte und aktuellen Kämpfe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und der Transformation von Staat und Zivilgesellschaft im Kontext von Europäisierungs- und Transnationalisierungsprozessen absteckte.

In einem »kurzen Zeitfenster« gelang es marxistischen Intellektuellen auch in der Bundesrepublik, die nachfaschistische Kultur des Verdrängens und der Restauration zu durchbrechen und die Aufgabe der Aufklärung im Sinne kritischer Theorie zu erfüllen.

Dieses »Zeitfenster« ist im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts geschlossen. Mit Frank Deppe scheidet eine Generation – die man im kritischen Sinn des Ereignisses als 68er bezeichnen kann – aus einem der profiliertesten »ideologischen Staatsapparate« (Althusser) aus. Und mit Frank Deppe verlässt ein wissenschaftlicher Lehrer die Universität, der zielgerichtet gemeinschaftliche, kollektive Arbeitsprozesse in den Schnittfeldern von Hochschule und Arbeiterbewegung geschaffen hat, um dem Roll Back Widerstand entgegen zu setzen – das »Zeitfenster« also möglichst lange offen zu halten. Nachfolger, die dieses »Erbe« an den Lehrstühlen fortführen können, werden nur in wenigen Ausnahmefällen berufen. Stattdessen rücken Vertreter des »Einheitsdenkens« nach – in einer Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Risse neoliberaler Hegemonie aufbrechen und sich ein politischer Zyklus, der sich in den 1970er Jahren aufspannte, abflacht.

Die Geschichte überrascht immer wieder mit ironischen Wendungen.

Frank Deppe wurde zum Ende des Sommersemesters 2006 emeritiert. Der von ihm und Klaus Dörre begründete Marxistische Arbeitskreis (MAK) wurde zu diesem Zeitpunkt 20 Jahre alt. Deshalb fand in Marburg am 14./15. Juli 2006 eine Konferenz zu dem Thema »Krise und Erneuerung marxistischer Theorie« statt, zu der zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammenkamen. Die Tagung wurde durch die Abschiedsvorlesung von Frank Deppe am 14. Juli 2006 eröffnet, sie wurde für den Druck überarbeitet und erweitert.

Frank Deppe

Krise und Erneuerung marxistischer Theorie

Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers

Es ist eher dem Zufall geschuldet, dass der Tag meiner Abschiedsvorlesung mit dem 217. Jahrestag des Sturms auf die Pariser Bastille und der Proklamation des Dreiklangs von »Freiheit, Gleichheit, Solidarität« zusammenfällt. Immerhin öffnete Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der in seiner *Philosophie der Geschichte* die Revolution von 1789 als einen »herrlichen Sonnenaufgang« gefeiert hatte, an jedem 14. Juli des Jahres eine der besten Flaschen seines Weines. Der junge Karl Marx hatte 1844 – also vier Jahre vor der europäischen Revolution des Jahres 1848, die im Februar in Paris begann – die Hoffnung beschworen, dass »*der deutsche Auferstehungstag verkündet werde durch das Schmettern des gallischen Hahnes*« (MEW 1: 391). Auch in der Gegenwart werden kritische Geister und Akteure durch diesen Ruf inspiriert – so z.B. viele Studierende, die der Kritik und dem Widerstand gegen die Einführung von Studiengebühren Ausdruck und Kraft verliehen haben.¹ Sie haben sich auch von der erfolgreichen Bewegung von Schülern und Studierenden, von Lehrenden und Gewerkschaftern in Frankreich gegen ein Gesetz inspirieren lassen, das »die kommende Generation potenzieller Erwerbstätiger mental darauf einstellen« sollte, »die Imperative des Marktes und den Verzicht auf den Schutz der Arbeitskraft als Normalität zu verinnerlichen« (Peter 2006: 63).

Ein kurzer Rückblick

Bevor ich auf das Thema unserer Tagung eingehe, soll beim Abschied doch für einen Moment des Anfangs gedacht werden. Am 13. März 1972 erhielt ich ein Schreiben des damaligen Hessischen Kultusministers Ludwig von

¹ Inzwischen liegt ein Dokumentarfilm von Martin Kessler mit dem Titel »Kick it like Frankreich. Der Aufstand der Studenten« (www.neuewut.de) vor.

Friedeburg (SPD)² mit der entscheidenden Mitteilung: »Ich habe die Absicht, Sie zu berufen«. Dem war – fast ein Jahr lang – ein Kampf um meine Berufung vorausgegangen. Die studentischen Verbände der so genannten Gewerkschaftlichen Orientierung (GO), also MSB und SHB,³ unterstützten diesen Kampf mit der Losung »Marx an die Uni, Deppe auf H 4« (das war die Bezeichnung der vakanten Professur im Institut für Politikwissenschaft). Auf diese Berufungskampagne will ich im Einzelnen nicht eingehen⁴ – sie war typisch für jene Periode der Universitätsreform im Gefolge der »Bewegung von 1968«, in der eine starke Studierendenbewegung – aber auch ein starker »Mittelbau« von Assistenten, zusammen mit einer relativ kleinen Gruppe von linken Professoren – für eine kurze Zeit nicht nur die Inhalte der Lehre, die Zusammensetzung der Gremien, sondern auch die Besetzung von Professorenstellen beeinflussen konnte.⁵ Eines der Argumente in dieser Kampagne war, dass der Marxismus im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen des Kalten Krieges keinen Platz hatte. Wolfgang Abendroth, der im Jahr 1972 emeritiert wurde, war die große Ausnah-

² Ludwig von Friedeburg, Jg. 1924, war Ende der 1950er Jahre Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung und von 1975 bis 2001 dessen Geschäftsführender Direktor. 1960 habilitierte er sich bei Adorno, 1969 bis 1975 war er sozialdemokratischer Kultusminister in Hessen.

³ Der Marxistische Studentenbund Spartakus und der Sozialdemokratische Hochschulbund (seit 1971 Sozialistischer Hochschulbund) hatten in einer oft gemeinsam getragenen Politik der »gewerkschaftlichen Orientierung« in den 1970er Jahren der Bundesrepublik maßgeblichen Einfluss in örtlichen Studentenschaften und deren Dachverband VDS.

⁴ In einem ASTA-info vom Januar 1972 findet sich unter der Überschrift »Deppe auf H 4!« folgender Text: »Die folgende Resolution wurde auf einem Teach-In vom Asta der Philipps-Universität und der GEW-Hochschulsektion am 27.1.1972 einstimmig von ca. 1.500 Teilnehmern verabschiedet: Die im Auditorium Maximum der Philipps-Universität versammelten Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Professoren und Gewerkschafter bekennen sich zur Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Orientierung aller Demokraten und Sozialisten an den Universitäten im Kampf gegen eine reaktionäre Formierung der Universitäten im Interesse des Großkapitals. Der Kampf um den Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenmacht in den Universitäten orientiert sich an den aktuellen und perspektivischen Interessen der Studierenden und Lernenden als Lohnabhängige.« Schließlich wird der Kultusminister aufgefordert, seine »bisherige Verweigerung der Berufung von Frank Deppe« unverzüglich aufzugeben. In der Studentenzeitung »Marburger Blätter« Nr. 1/1972 erschien gleichzeitig ein Artikel mit der Überschrift »Empörende Manipulationen im Fall Frank Deppe. Nicht verschleppen – berufen!«.

⁵ Hinzu kam, dass sich Wolfgang Abendroth, der zeitgleich mit meiner Berufung emeritiert wurde, nicht nur in der Fakultät, sondern auch im Ministerium und bei den Gewerkschaftern, mit denen er befreundet war (z.T. aus der Zeit vor 1933, als er in der KPO tätig war: dort kannte er z.B. Philipp Pless, der 1972 Vorsitzender des DGB-Hessen war und sich mit Abendroth und den Marburger Soziologen Heinz Maus und Werner Hofmann gegen die Notstandsgesetze engagiert hatte; zu letzteren vgl. auch Schäfer 2006), für meine Berufung einsetzte.

me, während in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Frankreich und Italien zahlreiche Marxisten und Mitglieder der kommunistischen Parteien ihrer Länder als Professoren tätig waren. Mit der Losung »Marx an die Uni« ging es darum, einen Wissenschaftspluralismus zu erkämpfen, der in anderen westlichen Ländern längst selbstverständlich war.

Diese Berufungskampagne war auch aus anderen Gründen ungewöhnlich. Jeder Berufungsvorgang wird (bis heute) durch auswärtige akademische Gutachten unterstützt. Ich erinnere mich hier besonders an die Gutachten des britischen Kollegen Ralph Miliband⁶ und (durch Vermittlung von Ernest Mandel in Brüssel) des berühmten Industriesoziologen Pierre Naville aus Paris, der meine Dissertation über »Louis Auguste Blanqui« (1968)⁷ kannte. Ungewöhnlich war zudem, dass sich eine Reihe von führenden Gewerkschaftskollegen mit eigenen Gutachten für meine Berufung engagierten: Leonhard Mahlein, damals Vorsitzender der IG Druck und Papier; Werner Vitt, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik; Philipp Pless, Vorsitzender des DGB-Hessen; Walter Fabian, Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* und – worauf ich bis heute besonders stolz bin – Willi Bleicher, damals noch Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart. In Marburg selbst schlossen sich diesen Voten der Betriebsrat der Firma Monette sowie verschiedene gewerkschaftliche Gliederungen – darunter auch die Deutsche Postgewerkschaft – an.⁸ Es gab dazu eine Leserbriefschlacht in der *Oberhessischen Presse* und einige Honoratioren sahen schon – wegen der Interventionen der Gewerkschafter in das Wissenschaftssystem – den »Untergang des Abendlandes« in einem fortgeschrittenen Stadium. Zum 450-jährigen Jubiläum der Marburger Philipps-Universität im Sommer 1977 sprach übrigens der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, auf Einladung des Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, dessen Dekan ich zu dieser

⁶ Sein Schüler und Mitarbeiter Leo Panitch, der an der York Universität von Toronto lehrt und das von Miliband begründete »Socialist Register« als Herausgeber (mit Colin Leys) weiter führt, gehört zu meinen engsten Kooperationspartnern und Freunden. (In Deutschland wird das »Socialist Register« über den VSA-Verlag Hamburg vertrieben.)

⁷ Diese Arbeit erschien 1970 als Buch unter dem Titel »Verschwörung, Aufstand und Revolution, Blanqui und das Problem der sozialen Revolution« in der neu eröffneten Reihe »Arbeiterbewegung – Theorie und Geschichte« der »Europäischen Verlagsanstalt«. Die EVA war ein bedeutender publizistischer Faktor der 68er-Bewegung. (Zu diesen »goldenen Jahren der EVA« vgl. »Mit Lizenz« – Geschichte der Europäischen Verlagsanstalt 1946-1996, Hamburg 1996, S. 73ff.)

⁸ Viele der Marburger Kolleginnen und Kollegen hatten an dem ersten Seminar für Arbeiter und Studenten an der Philipps-Universität zum Thema »Mitbestimmung« teilgenommen, das von dem Soziologen Werner Hofmann und mir (im Sommersemester 1969) geleitet wurde.

Zeit war, im Audimax vor mehr als 1.000 Studierenden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Region zu dem Thema »Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?« (Vetter 1979).

Diese Erinnerung soll keine nostalgischen Seufzer provozieren, sondern auf Kontinuitätslinien (im Wandel der Zeiten, den es zweifellos gibt) aufmerksam machen. Diese wiederum sind das Ergebnis langer Arbeit und harter Kämpfe. Mitte der 1970er Jahre stellte z.B. die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag den Antrag, den Fachbereich 03 der Philipps-Universität aufzulösen, weil er sich »zu einer kommunistischen Partei-Hochschule entwickelt habe« (BdWi 1977: 46). Danach folgten mehrere Angriffswellen, die sowohl unsere Lehrtätigkeit als auch unsere Publikationen betrafen. Besonders hohe Wellen schlug die bundesweite Auseinandersetzung um die »Geschichte der deutschen Gewerkschaften« (Deppe u.a. 1977), die zumindest den Vorteil hatte, dass sie das Interesse des DGB an historischer Forschung vorantrieb. Solche Auseinandersetzungen haben viel Kraft gekostet und sie forderten auch zahlreiche Opfer, vor allem durch die Politik der Berufsverbote. Dass linke Intellektuelle sich untereinander streiten, ist nicht ungewöhnlich. Wenn aber die Auseinandersetzungen mit dem Vorwurf der »kommunistischen Unterwanderung« geführt werden, dann verlagern sie sich auf die Ebene des »Staatschutzes«, Denunziation tritt an die Stelle der wissenschaftlichen oder politischen Auseinandersetzung. In der politischen Justiz der Bundesrepublik war die Verwechslung von marxistischem Denken und Agententätigkeit für die DDR bewusst angelegt, obwohl sie in den frühen 1970er Jahren vielen Akteuren nicht bewusst wurde. Bis heute forschen einige besonders Besessene – ehemalige linksradikale Freunde von Bernd Rabehl wie z.B. Manfred Wilke und Jochen Staadt – in den Archiven, um den »Marburgern« doch noch das Stasi-Kainsmal an die Stirn zu schlagen. Die Öffnung der entsprechenden Archive auf westlicher Seite würde vielleicht einige Überraschungen hinsichtlich der Kontinuität solchen Wirkens zeitigen.

Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass zu meiner Abschiedsvorlesung auch – neben der ehemaligen Kreisvorsitzenden des DGB-Marburg, Käte Dinnebie⁹ – einige meiner Kolleginnen und Kollegen vom »Forum Gewerkschaften« der Zeitschrift »Sozialismus« nach Marburg gekommen sind.

⁹ »Die Kooperation Hochschule-Gewerkschaften muss dem Ziel dienen, wissenschaftliche Erkenntnisse für die praktische und theoretische Arbeit der Gewerkschaften nutzbar zu machen, die Vorherrschaft kapitalorientierter Interessen in der Wissenschaft und der Universität zu beseitigen, die Demokratisierung der Bildungsinhalte und -institutionen zu unterstützen« (Dinnebie/Deppe 1979: 245).

Sie repräsentieren jene Kräfte in den Gewerkschaften, die sich der »pensée unique«, dem Einheitsdenken des Neoliberalismus (Pierre Bourdieu), noch nicht angepasst haben und die in den letzten Jahren – u.a. in den letzten Monaten im Bereich des öffentlichen Dienstes – an der Spitze von Streikbewegungen gegen die Arbeitszeitverlängerung (aber auch von strategischen Debatten in den Gewerkschaften) standen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren kritisch mit jenen Konzeptionen der »Modernisierung« auseinandergesetzt, die letztlich die Gewerkschaften und die Betriebsräte zur Anpassung an die herrschenden Verhältnisse, damit zu einer subalternen Rolle in der Standortkonkurrenz verurteilen (»Co-Management«). Aus einer solchen Rolle können sich die Gewerkschaften nur befreien, wenn sie es lernen, Gegenmacht gegen das Kapital und die kapitalorientierten Kräfte in der Politik durch die Stärkung ihres »politischen Mandats« auszuüben. Wenn wir uns heute an die Formeln aus den Schlachten der späten 1960er Jahre erinnern, sind auch wir zunächst einmal eher befremdet. Dennoch, wir haben den darin enthaltenen Auftrag zur Kooperation von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern ernst genommen – und dabei, wie mir scheint, auch einiges bewirkt! Wenn mein Rat und meine Analysen für die praktische Arbeit und deren Reflexion »nützlich« gewesen sind, so hätte es sich doch gelohnt.

Materialistische Politikwissenschaft

Bevor ich auf die Thematik »Krise und Erneuerung des Marxismus« eingehe, möchte ich einige Thesen über mein Verständnis von materialistischer Politikwissenschaft voranstellen. Das Leitmotiv hat mir Antonio Gramsci in den »Gefängnisheften« vorgegeben: »Die Frage, die am Beginn einer Abhandlung über Machiavelli zu stellen und zu beantworten ist, ist die Frage der Politik als autonomer Wissenschaft, und das heißt des Platzes, den die Politische Wissenschaft in einer ... Philosophie der Praxis ... einnimmt oder einnehmen soll« (Gramsci 1996: 1546).

Politik kennzeichnet ein Herrschaftsverhältnis – in letzter Instanz (so sah es auch Max Weber) ein Gewaltverhältnis; denn Politik wird – »als Aktivität, die die ... Machtverteilung der sozialen Gruppen in der Gesellschaft ... sei es verändern, sei es ... stabilisieren will« (Abendroth 1967: 9f.) – mehr oder weniger direkt unter den Bedingungen des staatlichen Gewaltmonopols betrieben. Allerdings darf die Politik nicht mit dem Staat identifiziert werden;

denn ein solcher verengter Politikbegriff tendiert stets dazu, die »Machtverteilung der sozialen Gruppen in der Gesellschaft« zu ignorieren.

Politik bedeutet – auf der Ebene des Staates (des Souveräns, der über das »Gewaltmonopol« verfügt) – die maßgebende Entscheidung über das allgemein Verbindliche. Das »Gesetz« ist Ausdruck der »volonté générale«, in die stets der Konflikt zwischen individueller Freiheit und Ordnung eingeschrieben ist. Diese Entscheidung ist jedoch Resultat von Diskussionen, Konflikten, Entscheidungsverfahren, die ihrerseits durch die strukturelle Nicht-Identität von individuellen und kollektiven Interessen in der Gesellschaft hervorgebracht werden. Politische Institutionen und Normsysteme (Gesetze) dienen in erster Linie dazu, verbindliche Regeln, Wertesysteme, Steuerungsleistungen, aber auch Sanktionen für den Fall der Regelverletzung autoritativ festzulegen. Diese Regeln und der Prozess ihrer Festlegung sind freilich angesichts der ungleichen Verteilung der Macht, der Autorität und des materiellen Reichtums in Klassengesellschaften sowie in patriarchalisch strukturierten Verhältnissen immer auch Formen der Herrschaftssicherung – und deshalb beständig umkämpft.

Politik – ob innerhalb des Staates oder außerhalb betrieben – kostet Geld. Zwischen der Entwicklung des Staates und der Verallgemeinerung der durch das Geld vermittelten Verhältnisse des Warenausches besteht daher ein logischer und historischer Zusammenhang. Da aber Politik selbst keine wertschöpfende Aktivität ist, greift sie in die Verteilungsverhältnisse ein und wird auf diese Weise zum Moment der Verteilungskämpfe zwischen den Klassen. Im 20. Jahrhundert ist die »Ökonomisierung der Politik« im Wesentlichen durch zwei Entwicklungstendenzen vorangetrieben worden: a) durch die Militarisierung der Politik und die steigenden Staatsausgaben für die Rüstung (auch durch die Kosten der Kriege); b) durch die Notwendigkeit eines Staatsinterventionismus, der einerseits die Risiken des kapitalistischen Krisenzyklus minimiert, andererseits durch sozialpolitische Maßnahmen den Klassengegensatz entschärft.

Marxistische Politikwissenschaft stünde daher vor der Aufgabe, die Vermittlung zwischen den ökonomischen und sozialen Grundverhältnissen und -konflikten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft (wie sie Gegenstand der »Kritik der politischen Ökonomie« bei Marx ist) und den politischen Verhältnissen zu reflektieren – auf dem heutigen Entwicklungsstand der Vergesellschaftung und der politisch-ideologischen Machtverhältnisse, der institutionellen Veränderungen (unter Einschluss der Transformation von Staatlichkeit) und der diskursiven Konflikte um die hegemoniale Deutung

der normativen Selbstbeschreibung der politischen Ordnung bürgerlicher Gesellschaften (Freiheit, Rechtsgleichheit, soziale Gerechtigkeit, Frieden nach innen und außen). Anders ausgedrückt: Der Begriff der politischen Macht bleibt ohne den Begriff der ökonomischen Machtverhältnisse einer Gesellschaft und ihrer Klassenstruktur letztlich leer und substanzlos.

Die »jetzige Gesellschaft (ist) kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus« (so Marx im Vorwort zur 1. Auflage des »Kapital«, MEW 23:16). Darin liegt die Bedeutung der historischen Dimension – der politische und soziale Wandel als Artikulation nicht nur der Bewegung der Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung, sondern auch als Resultat des Handelns (und der Kämpfe) der sozialen und politischen Akteure. Robert Cox, der Begründer der neogramscianischen Schule der Internationalen Politischen Ökonomie und mit unserer Marburger Forschungsgruppe Europäische Integration freundschaftlich verbunden, hat daher seinem grundlegenden Werk den schönen Untertitel gegeben: »Social Forces in the Making of History«, um dabei seine Verbundenheit mit E.P. Thompsons »Making of the English Working Class« (1963) anzudeuten (Cox 1987). Gleichzeitig hat er uns daran erinnert, dass die Trennung von nationaler und internationaler bzw. globaler Politik nur eine formale sein kann; denn mit der Entwicklung des Kapitalismus entwickelt sich zugleich der Weltmarkt – und darüber schließlich vermittelt sich die Position der Staaten in der »Weltordnung«, die ihrerseits neue Institutionen und Organisationen erzeugt.

Das politische Feld besitzt eine eigene institutionelle und diskursive Realität und Materialität, eine eigene Funktionslogik und Praxisdimension. Marxistische Politikwissenschaft muss auch Methoden der Erforschung dieser Realität – einschließlich der Methoden der empirisch verfahrenen Sozialwissenschaften – anerkennen. Der Mainstream-Institutionalismus in den Politikwissenschaft negiert freilich (ebenso wie einige heute sehr moderne Varianten des Konstruktivismus) die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen politischer und ideologischer Machtverhältnisse. In der Geschichte des Marxismus hingegen wurde die relative Autonomie des Politischen lange systematisch – u.a. durch die Akzeptanz eines ökonomischen Determinismus bzw. einer mechanistischen Interpretation des Basis-Überbau-Theorems bei Marx – unterschätzt bzw. negiert.¹⁰ Michel Foucault hat daher in

¹⁰ Marx hat sehr wohl zwischen den Grundstrukturen kapitalistischer Vergesellschaftung sowie den konkreten Bewegungsformen der Konkurrenz, des Marktes, aber auch der Politik

seinen Analysen zur »Ordnung der Dinge« zu Recht den Zusammenhang zwischen Wissen und Macht sowie die Bedeutung der Definitionsmacht, die – im Rechtssystem, aber auch im Gesundheitswesen – das Anormale (Kranke) vom Normalen (Gesunden) absondert (und diskriminiert), hervorgehoben.

Ralph Miliband veröffentlichte 1977 ein Buch mit dem Titel »Marxism and Politics«. In der Einleitung konstatiert er »an absence of systematic political theorization on the part of Marx, Engels, and their most prominent successors« (Miliband 1977: 2).¹¹ Die Stalinsche Version des Marxismus-Leninismus bezeichnete er als »a dreadfully impoverished affair«. In den folgenden Kapiteln fragt Miliband, warum die »alte Ordnung« (der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft) sich immer wieder als äußerst widerstandsfähig erwiesen hat und wie die Beziehungen zwischen Klasse und Partei sowie zwischen Reform und Revolution im Sinne einer politischen Theorie des Marxismus neu zu bestimmen sind.¹² Das Interesse an den »Gefängnisheften« von Antonio Gramsci, das ja erst in den 1970er Jahren neu erwachte,

unterschieden; der Forschungsprozess bewegt sich daher stets auf verschiedenen Ebenen (Strukturanalyse/Handlungsanalyse/Ideologiekritik), die methodisch nicht vermengt werden dürfen. Im 3. Band des »Kapital« schreibt Marx: »Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorst wächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz: der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden. Dies hindert nicht, dass dieselbe ökonomische Basis – dieselbe den Hauptbedingungen nach – durch zahllose verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind« (MEW 25: 799f.).

¹¹ In seiner Schrift »Über den westlichen Marxismus« hatte Perry Anderson (1978: 17) festgestellt: »Im Grunde hinterließ Marx eine kohärente, entfaltete *ökonomische* Theorie der kapitalistischen Produktionsweise, die er im *Kapital* ausführte, aber keine vergleichbare *politische* Theorie der Strukturen des bürgerlichen Staates oder der Strategie und Taktik für den revolutionären sozialistischen Kampf einer Arbeiterpartei zum Sturz dieses Staates.«

¹² Etwa zur gleichen Zeit hatte der französische Philosoph Louis Althusser die »Krise des Marxismus« u.a. darauf zurückgeführt, dass eine – wie er sagte – »tatsächliche marxistische Staatstheorie« nicht existiert und es keine wirkliche Theorie des Klassenkampfes und seiner Organisationen gebe (Althusser 1978; Deppe 1991).

richtete sich exakt auf die Hegemonietheorie bei Gramsci; denn dieser konzentrierte sich auf politische Machtverhältnisse als Bündniskonstellationen (»historischer Block«), die immer klassenübergreifend wirken, sowie auf die Rolle der Intellektuellen und der Institutionen in der – wie er sagte – »Società Civile«, der Zivilgesellschaft. Damit markierte er diese Bereiche selbst als Terrain von Klassenkämpfen, deren Ziel für ihn – als normative politische Option – die Errichtung eines neuen Typs der Hegemonie sein sollte.¹³ Da der moderne bürgerliche Staat selbst als »ein Beziehungsverhältnis sozialer Kräfte« (Poulantzas) verstanden werden muss, dessen Apparate und Netzwerke weit in die Zivilgesellschaft hineinreichen, so entstehen auch hier immer wieder Konflikte und Kämpfe um die Machtverteilung.

Schließlich sei an die normative Dimension marxistischer Politikwissenschaft (allgemeiner: kritischer Gesellschaftstheorie) erinnert. Sie ist auf der einen Seite ihrem Wesen nach radikale Ideologiekritik – Kritik der »herrschenden Gedanken«, von denen der junge Marx sagte, dass sie die »Gedanken der herrschenden Klasse« sind (MEW 3: 46). Sie entfaltet den Widerspruch zwischen den Versprechen und dem Anspruch der herrschenden politischen Ideologie (Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte, Volkssouveränität) mit der Realität partikularer Herrschaftsformen, der Beschränkung der Menschenrechte. In seinen »Minimalforderungen an die Intellektuellen« (1931) hatte Siegfried Kracauer diesen die Aufgabe zugeschrieben, den »Abbau des Mythologischen« zu betreiben, d.h. »stetig Ideologien zu entlarven und dadurch alle hingegenommenen Intentionen auf die Probe zu stellen... Ideale, die der Intellekt nicht angefressen hat, sind unnütze Naturprodukte« (Kracauer 1992: 250).

¹³ Für meine eigenen Arbeiten hat seit den späten 1970er Jahren das Bewusstsein von den Defiziten der politischen Theorie in der Tradition des marxistischen Denkens eine wichtige Rolle gespielt. Das wurde am Ende der so genannten Staatsableitungsdebatte immer offenkundiger. Sie war ein typisches Beispiel für einen – von der Praxis weitgehend abgelösten und schließlich nur noch selbstreflexiven – »akademischen Marxismus«, zumal die Konzentration auf den Staat – angesichts der Bedeutung der Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis – eine Verengung des Politikbegriffs beinhaltet. In den Arbeiten von Louis Althusser und Nicos Poulantzas, von Ralph Miliband, Perry Anderson, Göran Therborn, frühen Arbeiten von Bob Jessop und in Beiträgen von italienischen Kollegen wie Umberto Cerroni, die sich vor allem auf die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci bezogen, wurde die Frage nach der politischen Theorie des Marxismus immerhin in den Zusammenhang der Kämpfe der Arbeiter- und Intellektuellenbewegungen in Westeuropa seit den späten 1960er Jahren gestellt. Sie reflektierten aber auch schon die sich seit Mitte der 1970er Jahre abzeichnende Niederlage der sich auf den Marxismus beziehenden sozialen und politischen Kräfte, die dann in der großen »Wendezeit« der 1980er Jahre deutlicher ins Bewusstsein trat.

Auf der anderen Seite zeichnet sich marxistische Politikwissenschaft durch einen spezifischen Begriff des Theorie-Praxis-Verhältnisses aus. Der junge Marx hatte als radikal humanistischen »kategorischen Imperativ« benannt, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...« (MEW 1: 385). Wenig später formulierte er seine berühmten Feuerbachthesen über den Zusammenhang von Welterkenntnis und Weltveränderung. In der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Marxismus ist auf diesem Gebiet viel Schaden angerichtet worden, wenn die Einheit von Theorie und Praxis gleichsam per Parteibeschluss festgelegt wurde. Die Faszination von Wolfgang Abendroth als intervenierender sozialistischer Intellektueller ging nicht zuletzt davon aus, dass er einerseits stolz darauf war, durch seine Arbeit dem linken Flügel der real existierenden Arbeiterbewegung nützlich zu sein und zur Entwicklung des Klassenbewusstseins von Teilen der Arbeiterklasse beigetragen zu haben, dass er aber andererseits sich nicht hat instrumentalisieren lassen und immer wieder seine intellektuelle Autonomie – auch als Kritik an der »herrschenden Linie« – verteidigt hat (Urban u.a. 2006).

Die Theorie-Praxis-Konstellation sollte nicht der Wissenschaft selbst zugeschrieben werden. Vielmehr sollten in diesem Zusammenhang das wissenschaftliche Feld und die darin stattfindenden Kämpfe um »Deutungsmacht« (als ein wesentlicher Bestandteil von Hegemonie und der politischen Kräfteverhältnisse) analysiert werden. Dabei muss nach der Rolle und Funktion der Intellektuellen gefragt werden, die sich selbst und damit Ergebnisse ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit in die sozialen und politischen Bewegungen und Auseinandersetzungen einbringen. Man kann marxistische Politik- bzw. Sozialwissenschaft rein akademisch (d.h. ziemlich unpolitisch) betreiben. Dafür gibt es nicht nur im angelsächsischen Bereich zahlreiche (und sogar sehr respektable) Beispiele. Man kann aber auch als Wissenschaftler aktives Mitglied einer politischen Organisation sein, die sich zum Ziel setzt, die bestehende kapitalistische Ordnung durch eine sozialistische zu überwinden. Auch dafür gab (und gibt) es zahlreiche Beispiele, vor allem in unseren Nachbarländern Großbritannien, Frankreich und Italien, weniger hingegen in der Bundesrepublik Deutschland, wo solche Positionen – z.B. durch das KPD-Verbot 1956 bzw. durch die Politik der Berufsverbote seit Anfang der 1970er Jahre – schnell kriminalisiert wurden.

Die Renaissance des Marxismus im Gefolge der Studierendenbewegung

Die späten 1960er und die 1970er Jahre werden immer wieder als eine Periode der »Blüte« bzw. der »Renaissance« des Marxismus bezeichnet. Im Kalten Krieg war der theoretische Marxismus bzw. der »wissenschaftliche Sozialismus« – zumal in der BRD – extrem marginalisiert bzw. disqualifiziert (im besten Fall noch als Quasi-Religion, normalerweise als Fall für den Verfassungsschutz). Nach 1968 erlebten die »blauen Bände« (die MEW-Ausgabe aus der DDR) ebenso wie Neuauflagen linker Klassiker und andere revolutionäre Literatur, die sich auf den Marxismus bezog, einen außerordentlichen Boom. An den Universitäten wurden – quer durch die Fächer – »Kapital-Kurse« sowie Grundkurse zur Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durchgesetzt. Gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen erlebten einen Massenansturm der Studierenden. Die großen Verlage rissen sich um die linken Autoren; die »Regenbogen-Reihe« des Suhrkamp-Verlages erzielte höchste Auflagen. Die Neugründung vieler Universitäten Anfang der 1970er Jahre eröffnete einer mittleren Generation, die promoviert war, erweiterte Möglichkeiten zur Übernahme einer Professur. Die zeitweilige Öffnung des Wissenschaftssystems erscheint aus der Sicht der Gegenwart, in der Reform der Hochschulen deren »Schließung« gegenüber kritischen Wissenschaftsinhalten sowie deren Anpassung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der »Standortortkonkurrenz« bedeutet, als kurze Phase einer außergewöhnlichen Veränderung und Demokratisierung der deutschen Universität – ihrer internen Entscheidungsstrukturen ebenso wie der Inhalte der Wissenschaft.

Wie aber vollzog sich die Aneignung des Marxismus durch die rebellierenden, jungen Intellektuellen in diesen Jahren? An welche Traditionslinien und Bestände marxistischen Denkens konnten sie anknüpfen, um ihre eigene Praxis und deren Perspektiven besser zu verstehen? Mir scheint, dass hier für nachwachsende Generationen kritischer HistorikerInnen noch viele spannende Fragestellungen zu bearbeiten sind. Ich beschränke mich auf einige Stichpunkte und – zugegeben – grobe Linien. Im Jahrzehnt zwischen 1965 und 1975 erfuhren sich die Akteure subjektiv und kollektiv als Kraft tiefgreifender Veränderungen – an der Hochschule ebenso wie in der internationalen Politik. Die antikolonialen und antiimperialistischen Bewegungen (Cuba, Algerien, Vietnam usw.) feierten Siege, in Lateinamerika war die Linke auf dem Vormarsch, bis sie durch die faschistischen Militärputsche

brutal unterdrückt wurde. In Westeuropa fielen die letzten Diktaturen (Portugal, Spanien, Griechenland) unter dem Druck von Massenbewegungen der Arbeiter und der Studierenden, wobei in der portugiesischen »Revolution der Nelken« junge Offiziere zur Avantgarde nicht nur des Sturzes der Diktatur, sondern einer sozialen Revolution wurden. Zusammen mit der Jugend- und Intellektuellenbewegung (mit ihrem Zentrum an den Universitäten) kam es zu einem Aufschwung der »Klassenkämpfe in Westeuropa« (Albers u.a. 1971; Deppe 1985): Auf den sechswöchigen Generalstreik in Frankreich (Mai/Juni 1968), der das Land an den Rand einer Staatskrise brachte, folgte der »heiße Herbst« in Italien und Wellen großer Streikbewegungen in Großbritannien, die in den 1970er Jahren anhielten. Es war die »Verbindung von Sozial- und Künstlerkritik« (Boltanski/Chiapello 2003: 215ff.)¹⁴ auf der einen, und die Verbindung zwischen den Kämpfen in der »Dritten Welt« und in den Metropolen des Kapitals selbst, die das Selbstbewusstsein der Akteure – aber auch die illusionäre Überschätzung der Möglichkeiten zur »Revolutionierung« der Machtverhältnisse in den Kapitalmetropolen selbst – bestimmten.

Theoretische und strategische Reflexion, die auch die »Renaissance« marxistischen Denkens einschloss, entwickelte sich entlang von drei Linien, die ihrerseits je spezifische Verbindungen von Theorie und Praxis beinhalteten.¹⁵ Bis zum Ende der 1960er Jahre war der Bezug auf die Revolutionsbewegungen in der Dritten Welt und ihre Theoretiker (Mao, Ché Guevara, Frantz Fanon) unter den Intellektuellen durchaus dominant, wobei auch noch die Selbstbeschreibung der VR China als Modell einer »Dritte-Welt-

¹⁴ Die Sozialkritik bezieht sich auf die Bewegung und die Forderungen der Gewerkschaften: Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr Kontrollrechte für die Arbeiter, sozialpolitische Reformen; die Künstlerkritik dagegen richtete sich auf die Reform der Institutionen (von den Universitäten bis zu den Rundfunkanstalten, Zeitungsredaktionen, Krankenhäusern, Kirchen usw.), die nicht nur demokratische Partizipation einforderten, sondern auf das Ziel der »Selbstverwaltung« (»autogestion«) gerichtet waren. Selbstverständlich waren es Künstler, die im Mai 68 in Paris die Losung »La fantasia au pouvoir« (»Die Phantasie an die Macht!«) unterstützten.

¹⁵ Die Irrfahrten der antiautoritären Linie, die sich gelegentlich auf Marx und Traditionen des Anarchismus sowie des Linksradikalismus der Zwischenkriegsperiode, aber auch auf Traditionen der »kritischen Theorie« (Adorno, Marcuse) bezog, werden bei dieser knappen Darstellung nicht berücksichtigt. Bei einigen grünen Realos freilich, die politisch liberal-konservativ geworden sind, wird die »Kulturrevolution« von 68 immer noch als die erfolgreichste Revolution in der deutschen Geschichte verklärt. Soweit dies ihre eigene Biographie – d.h. ihren sozialen Aufstieg – betrifft, haben sie sicher recht. In den USA hat ein Soziologe in diesem Zusammenhang von den »Bobos« (»Bohemian Bourgeois«) als einer neuen Fraktion der herrschenden Klasse, die auf liberale Umgangsformen Wert legt, gesprochen.

Revolution« (Lin Biao: »Die Dörfer erobern die Städte im Weltmaßstab!«) und die »Kulturrevolution« im Innern als Modell einer »permanenten Revolution« gegen die Staats- und Parteibürokratie missverstanden wurden. Die Arbeiterklasse in den Metropolen wurde als nicht mehr revolutionär angesehen, die Sowjetunion (und ihre Verbündeten) als Reformisten oder »Verräter« angeklagt. Die Intellektuellen in den Metropolen verstanden sich so als die Verbündeten einer neuen Weltrevolution, die ihr Zentrum an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems hatte (»Trikont«). Die »Stadtguerilla« der RAF war nur der extremste Ausdruck dieser Fehleinschätzung. Die linksradikal-maoistischen Organisationen der 1970er Jahre, die meist aus den antiautoritären Strömungen der späten 1960er Jahre hervorgegangen waren, trieben dagegen den Theorieverfall auf die Spitze: Sie waren davon überzeugt, dass der Kapitalismus auf eine tiefe Krise zutreibt, dass die Arbeiterklasse immer revolutionärer wird und sich der Staat immer mehr »faschisiert«. Dabei knüpften sie an die ultraradikale Terminologie der Kommunistischen Internationale nach 1929 an: Die »Sozialfaschisten« waren nunmehr freilich die Kommunisten im Einflussbereich der KPdSU. Allerdings waren die 1970er Jahre durch eine intensive theoretische Debatte auf dem Gebiet der Imperialismustheorien charakterisiert: Der Fokus hatte sich auf die Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie verschoben. Marxistische Ökonomen wie Paul Baran, Paul Sweezy und Ernest Mandel hatten schon bis Anfang der 1960er Jahre wichtige Vorarbeiten geleistet – in den 1970er Jahren wurden u.a. mit der Imperialismustheorie von Johan Galtung, der Dependencia-Theorie von lateinamerikanischen Soziologen (Cardoso, Teotonio dos Santos u.a.) und der Weltsystemtheorie (Wallerstein, Arrighi, Samir Amin, Frank) eigenständige Beiträge zur Imperialismus-Analyse erarbeitet (Deppe u.a. 2004: 64ff.).

Die kommunistische Weltbewegung war schon in eine Periode der inneren Spaltungen und Differenzierungen eingetreten. Der Konflikt zwischen der KPdSU und der KP Chinas tobte sich in heftigen Polemiken aus. Die Militärintervention in der CSSR (August 1968), die den »Prager Frühling« unterdrückte, verstärkte die Distanzierung großer westeuropäischer kommunistischer Parteien (vor allem in Italien) von der »Moskauer Zentrale«, die sich in den 1970er Jahren als »eurokommunistisch« bezeichneten. Gleichwohl betonten die kommunistischen Parteien die Notwendigkeit der Spannungs- und Abrüstungspolitik zwischen den Blöcken. Sie unterstützten die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und kämpften in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften für eine »antimonopolisti-

sche Demokratie«, die nur durch ein breites Bündnis sozialer und politischer Kräfte zu erreichen war. Sie vertraten als gleichsam offizielle Lehre, dass mit der Konsolidierung der Sowjetunion und ihres Lagers, dem Anwachsen der sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung in den Metropolen des Kapitals sowie mit den Siegen der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt ein globaler Prozess des Übergangs zum Sozialismus vorangetrieben werde, der mit der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 eingeleitet wurde. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK-Theorie; vgl. u.a. Jung/Schleifstein 1979), die in einer Flut von »antirevisionistischen« Texten kritisiert wurde, sollte die Veränderungen in den Kapitalmetropolen selbst erklären: auf der einen Seite eine fortschreitende »Monopolisierung« in Form der Kapitalzentralisation, auf der anderen Seite zunehmende Staatsingriffe, um die Widersprüche der Kapitalverwertung und den Druck von Krisenprozessen abzuschwächen und – im Bereich der Sozialpolitik – um auf die zunehmende Macht der (reformistischen) Arbeiterbewegung, aber auch auf die Existenz der »realsozialistischen Alternative« zu reagieren. Diese Analysen bewegten sich auf unterschiedlichen Niveaus – die meisten bezogen sich auf Lenins »Imperialismusschrift«, andere verfolgten einen akkumulationstheoretischen Ansatz, der vor allem auf den 3. Band des Marx'schen »Kapital« und die Ausführungen über das »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« zurückging (vgl. als Überblick für die DDR: Wirth 1982).¹⁶ Die Schwäche dieses Ansatzes lag in der Anerkennung der Sowjetunion als dem entscheidenden politischen Faktor für die Entwicklung der »Weltrevolution«, im ökonomischen Determinismus vor allem im Hinblick auf die Funktion des Staates, aber auch der Bestimmung der Rolle der Arbeiterklasse sowie in der Überzeugung, dass der Kapitalismus ohne sich ständig ausweitende Staatseingriffe keine Überlebenschance mehr habe. Vor allem dieser letzte Aspekt wurde seit der Zurücknahme der Staatstätigkeit durch die neoliberale Politik der Privatisierung und Deregulierung fundamental in Frage gestellt.

¹⁶ In Frankreich gab es eine Gruppe von Ökonomen (um Paul Boccara und Philippe Herzog sowie um die Zeitschrift »Economie et Politique«), die ein eigenständiges Konzept des SMK entwickelt hatte. Anfang der 1970er Jahre sah ein gemeinsames Regierungsprogramm von Kommunisten und Sozialisten weitreichende Sozialisierungen, Demokratisierung der Wirtschaft, eine massive Ausweitung von Staatsinterventionen im Bereich von Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur sowie eine Außenpolitik vor, die auf Abrüstung und Entspannung sowie auf eine eigenständige Rolle Frankreichs in einem Europa, das sich von der Vorherrschaft der USA frei gemacht hat, ausgerichtet war.

Eine dritte Linie war durch die Entwicklung einer linkssozialistischen Strömung seit den frühen 1960er Jahren vorgegeben. Nach 1956 (Ungarn-Krise) hatten sich viele Intellektuelle von den kommunistischen Parteien ihrer Länder gelöst und gründeten Zeitschriften wie z.B. »New Left Review« und »Socialist Register« in Großbritannien, wo Perry Anderson, Ralph Miliband und E.P. Thompson eine wichtige Rolle spielten.¹⁷ Eric Hobsbawm (2003: 254f.) hat die Jahre kurz vor und nach 1960 als »Wasserscheide« in seinem Leben bezeichnet.¹⁸ Zur gleichen Zeit gab es Reaktionen auf den Anpassungsprozess der sozialdemokratischen Parteien (»Godesberg«) an die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse: In Frankreich gründete sich der PSU, in Italien die von Lelio Basso geführte PSIUP, die sich vom PSI Pietro Nenni abgespalten hatte und für ein Bündnis von Kommunisten und Sozialisten eintrat. Diese neuen Formationen waren einerseits für Intellektuelle, andererseits aber auch für linke Gewerkschafter interessant, die an Positionen der Kapitalismuskritik festhielten und die herrschenden sozialpartnerschaftlichen Tendenzen in den Gewerkschaften ihrer Länder ablehnten. In der Bundesrepublik Deutschland fiel dem SDS, der 1961 aus der SPD ausgeschlossen wurde, eine vergleichbare – aber deutlich reduzierte – Funktion zu (Deppe 1998).¹⁹ Basso gründete um die Mitte der 1960er Jahre das »International Socialist Journal«, das in verschiedenen Sprachen erschien. In dieser Zeitschrift reflektierte sich am deutlichsten der Stand und die Entwicklung marxistischen Denkens auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, auf dem sein Einfluss auf einen Tiefpunkt geraten zu sein schien.²⁰

¹⁷ In Frankreich war die Zeitschrift »Les Temps Modernes« Organ unabhängiger sozialistischer Intellektueller (Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, André Gorz u.a.); in Jugoslawien gründete eine Gruppe von Philosophen die Zeitschrift »Praxis«, die bald verboten wurde, in den USA gab es die von Paul M. Sweezy, Paul A. Baran und Harry Magdoff herausgegebene »Monthly Review«, die der Entwicklung der Bürgerrechts- und der Antikriegsbewegung in den USA sowie der kubanischen Revolution und der Entwicklung in Lateinamerika besondere Aufmerksamkeit widmete.

¹⁸ In Dänemark hatte der KP-Vorsitzende Axel Larsen nach der Ungarn-Krise eine eigene »Sozialistische Volkspartei« gegründet.

¹⁹ Die theoretische Zeitschrift des SDS »neue kritik« verstand sich daher auch als ein Organ der internationalen »neuen Linken«. Der SDS wurde auch nach dem Ausschluss aus der SPD von linken Gewerkschaftern (vor allem aus der IG Metall, der kleinen IG Druck und Papier, aber auch aus der IG Chemie, Papier, Keramik) unterstützt. Selbst der Vorsitzende der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, finanzierte Anzeigen für die »neue kritik«.

²⁰ Als Helmut Schauer zwischen 1964 und 1966 Bundesvorsitzender des SDS war, verfolgte er – mit Unterstützung der Marburger SDS-Gruppe und von Wolfgang Abendroth – das Projekt, die »neue kritik« in eine deutsche Ausgabe des Bassoschen »International Socialist Journal« umzuwandeln. Das Projekt stand im Zusammenhang von Diskussionen über die Rolle des

Im Mittelpunkt stand die Analyse der antiimperialistischen Bewegungen an der Peripherie, Veränderungen in der Klassenstruktur der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, die zunehmende Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Kapitalverwertung und die Analyse der Widersprüche der modernen kapitalistischen Gesellschaften, die – so das herrschende Bewusstsein – in der »Golden-Age«-Periode der Nachkriegszeit einige der klassischen Gebrechen des Kapitalismus – die Wirtschaftskrisen und die Erzeugung von Armut – gelöst zu haben schienen. Neue Fragen der Wirtschaftsdemokratie, der Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Produktionsprozess (»neue Arbeiterklasse«, Serge Mallet), die Bedeutung der Planung von sozialökonomischen Prozessen (z.B. für die Überwindung regionaler Disproportionen), die Bedeutung von Rückständen auf dem Felde der Bildung und Wissenschaft (»Bildungsnotstand«) kamen zur Sprache und wurden im Hinblick auf die Programmatik und Strategie von linken Parteien und Gewerkschaften diskutiert. Vor allem die linken Gewerkschafter verlangten eine Ausweitung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben sowie eine Verknüpfung zwischen klassischen Forderungen (in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen) und einer Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft außerhalb der materiellen Produktion (Wohnverhältnisse, Kultur, Bildung, Gesundheitswesen etc.). Besonders wichtig war dabei eine Debatte – z.B. zwischen Ernest Mandel und André Gorz – über »neokapitalistische« oder »antikapitalistische Strukturreformen«, die wiederum von einer realistischen Einschätzung der Kräftekonstellationen zwischen Kapital und Arbeit in den Metropolen des Kapitals, aber auch von den neuen Widerspruchskomplexen in den entwickelten kapitalistischen Systemen ausging, die eine Ausweitung der regulativen Staatsfunktionen sowie von wissenschaftlich-technischer Qualifikation in der Bewältigung des Produktions- und Reproduktionsprozesses als auch von kritischem Wissen in der Auseinandersetzung um eine sozialistische Reformpolitik erfordern.

Diese drei Linien wurden nach 1968 durch zahllose Theoriedebatten überlagert, die oftmals wie Strohfeuer schnell verglimmten. Nachhaltiger war hingegen die Rezeption des Werkes von Louis Althusser, die die Renais-

SDS bei der Gründung einer linkssozialistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die dann mit der Gründung der Regierung der Großen Koalition im Herbst 1966 praktisch angegangen werden sollte. Beide Projekte scheiterten – gegen das Zeitschriftenprojekt revoltierte schnell eine Gruppe von SDS-»Honoratioren« (um Jürgen Seifert und Oskar Negt), die offenbar Wert darauf legten, den SDS nicht allzu weit von der SPD zu entfernen.

sance des Marxismus auf die Aneignung des Marx'schen »Kapital« – als dem Kern des »wissenschaftlichen Sozialismus« – zurückführen wollte und dabei natürlich die Theoriegeschichte des Marxismus-Leninismus auch als eine Geschichte des theoretischen Verfalls bzw. Niedergangs interpretierte. Verschiedene Ansätze von theoretischen wie empirischen Klassenanalysen oder auch zum Klassenbewusstsein der Arbeiter vermittelten neue Erkenntnisse über die Veränderung der inneren Zusammensetzung der Arbeiterklasse sowie über die Bedeutung der lohnabhängigen Mittelklassen. Anfang der 1970er Jahre reflektierte sich in der Theoriedebatte über das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz auch ein Lernprozess der Studierendenbewegung: Die Intellektuellen begannen zu begreifen, dass ihre Aktionen zur Demokratisierung der Hochschule und anderer Institutionen des Staates nur dann Aussicht auf Erfolg haben konnten, wenn sie sich mit breiteren – gewerkschaftlichen und politischen – Bewegungen der Arbeiterklasse verbündeten. Die so genannte GO-Politik an den Hochschulen in der Bundesrepublik, auf die ich eingangs (im Zusammenhang mit der Kampagne um meine Berufung im Jahre 1972) hingewiesen habe, war auch ein Ergebnis dieser strategischen Reflexion.

Krise des Marxismus: der »Erdrutsch«

Die Gründung des Marxistischen Arbeitskreises (MAK) durch Klaus Dörre und mich war auch eine Reaktion auf die »Krise des Marxismus«, die Mitte der 1980er Jahre allenthalben wahrgenommen wurde.²¹

Eric Hobsbawm hat diese Periode als die des »Erdrutsches« bezeichnet: »Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt, die ihre Orientierung verloren hat und in Instabilität und Krise geschlittert ist.« (Hobsbawm 1998: 503) Die Krise des *theoretischen* Marxismus bestand zunächst einmal darin, dass er auf diese tiefgreifenden Veränderungen offenbar keine überzeugenden Antworten zu geben vermochte. Die Krise des *politischen* Marxismus bestand darin, dass die politischen und sozia-

²¹ Im dritten Band (Teil 1) meines »Politischen Denkens im 20. Jahrhundert« (Deppe 2006: 235ff.) bin ich ausführlich auf die Umbruchskonstellation seit den späten 1970er Jahren eingegangen und habe den Versuch unternommen, das Scheitern der Linken – und die Gründe dafür – zu analysieren. Bis heute ist die Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung (die sich auch auf die Entwicklung in den staatssozialistischen Systemen ausweiten ließe) unterentwickelt.

len Kräfte – oder gar die Staaten, die sich auf den Marxismus bezogen, Niederlagen hinnehmen mussten bzw. in einen Niedergangs- und Zerfallsprozess eintraten, der in der Wende der Jahre 1989–1991 mit der Auflösung der Sowjetunion und des Systems der »sozialistischen Staaten«, also mit dem Zusammenbruch der (sich kommunistisch nennenden) Regime in Ost- und Südosteuropa seinen Höhepunkt erreichte. Die Krise der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung (im Westen), die in den 1970er Jahren noch einmal einen Aufschwung erlebt hatte, ging (übrigens) diesem Zusammenbruch voraus. Vielfach wurde der Verlust des »Subjekts« der Emanzipation, das doch in der Marxschen Klassentheorie eine zentrale Rolle spielt, beklagt (vgl. Deppe 2003 und 2006a). Natürlich haben die Krisen des politischen Marxismus das Interesse am theoretischen Marxismus (im Sinne einer kritischen Selbstreflexion) erodieren lassen.²² Oftmals wird auch übersehen, dass diese Krise durch die Entwicklung in vielen Ländern und Regionen der »Dritten Welt« verschärft wurde, in denen Regime und Bewegungen scheiterten, die sich als sozialistisch bezeichneten und auch auf marxistische Theoriefragmente bezogen hatten – zumindest die Köpfe von Marx und Engels wurden noch an Staatsfeiertagen bzw. am 1. Mai herumgetragen (Deppe 1989).²³

²² In einer neueren Arbeit englischer Sozialwissenschaftler (Gamble et al. 1999: 1) heißt es am Anfang u.a.: »Marxism is widely perceived to be in crisis, and many believe the crisis is terminal ... The relationship between theory and practice has been central to Marxism, and external events and changes which have affected the political prospects for Marxism have often triggered reassessments of Marxist theory«. Leo Panitch und Colin Leys (2001: VIII) schreiben im Vorwort zur Ausgabe des »Socialist Register 2001«, das sich mit dem Thema »Working Classes – Global Realities« befasst: »Als ein System sozialer Verhältnisse ist der Klassenbegriff zum Verständnis der Dynamik des heutigen Kapitalismus so zentral wie eh und je. Auf der anderen Seite aber, verstanden als eine politische Beziehung – in dem Sinne, dass Arbeiter bewusst eine Klasse bilden, die sich zu einem alltäglichen Kampf gegen eine andere Klasse zusammenschließt, d.h. als ein Akteur, der zu politischen und ökonomischen Alternativen zu Neoliberalismus und Kapitalismus voranschreitet – als eine solche Beziehung verstanden, ist der Klassenbegriff in einer tiefen Krise«.

²³ In den 1970er Jahren waren die marxistischen Diskurse noch übermächtig; bald wurden sie jedoch von den Diskursen der »neuen sozialen Bewegungen« (Ökologiebewegung, neuer Feminismus, neue Friedensbewegung) überlagert und zurückgedrängt, die zur Gründung der grünen Partei überführten. André Gorz' »Abschied vom Proletariat« (zuerst 1980 erschienen) markierte eine tiefgreifende Wende – auch in der Beziehung der Intellektuellen zum Marxismus und zur Arbeiterbewegung. In Frankreich ging dieser Bruch viel tiefer und vollzog sich schmerzlicher als z.B. in der Bundesrepublik; denn der PCF war in der Nachkriegszeit – wie auch die italienische KP – eine starke politische und ideologische Kraft, die auch im kulturellen Feld (Schriftsteller, Film, Verlagswesen, Künstler) einen großen Einfluss ausübte. Nun eroberten »neue Philosophen« die Feuilletons der Presse und die Talkshows, die Marxismus und Sozialismus mit Totalitarismus (»Gulag«) gleichsetzten. Die Diskurse der neuen sozialen

Ingesamt vollzog sich in einem Zeitraum von ca. zwei Jahrzehnten eine geradezu dramatische Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Liberalismus und Sozialismus. Die sozialen und politischen Kräfte, die seit dem 19. Jahrhundert entweder für einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg oder für eine »Zivilisierung« des Kapitalismus durch Institutionen der gesellschaftlichen und politischen Kontrolle des Marktes und der Akkumulation sowie durch die Erweiterung der Demokratie gekämpft hatten, wurden im Ergebnis von Niederlagen enorm geschwächt oder brachen zusammen. Deshalb wird von den Jahren 1989-1991 mit Recht von einer »Zäsur von welthistorischer Bedeutung« gesprochen. Zugleich festigte sich – im Bereich der Ökonomie, der Politik und der Ideologie – eine hegemoniale Konstellation, die wir – oftmals etwas ungenau – als Vorherrschaft des »Neoliberalismus« bezeichnen. In der Schrift von Francis Fukuyama über das »Ende der Geschichte«, die 1992 erschien, artikuliert sich das Selbstbewusstsein der neuen Herrschaftskonstellation. Kapitalistische Marktwirtschaft und repräsentative Demokratie (nach angelsächsischem Vorbild) hätten gegen alle Anfeindungen des Jahrhunderts gesiegt. »There Is No Alternative« (TINA – »Es gibt keine Alternativen mehr!«) triumphierte Margaret Thatcher. Deshalb sei die Geschichte an ihr Ende gelangt – eine leichtfertige, euphemistische Prognose, die sich schnell als falsch herausstellen sollte.

Die Turbulenzen dieser Jahrzehnte erschöpften sich jedoch nicht in den monetären Krisen nach der Auflösung des Bretton Woods Systems, in den Arbeitsmarktkrisen, die sich in einem kontinuierlich anwachsenden Trend zur Massenarbeitslosigkeit (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) manifestierten, sowie in den politischen »Revolutionen« der Wendezeit (nach 1989 und den durch sie ausgelösten Kriegen auf dem Balkan und in der ehemaligen Sowjetunion). Vielmehr vollzog sich – gleichsam unter der Oberfläche – ein tiefgreifender systemischer Wandel, der alle Bereiche der Ökonomie, der Gesellschaft, der Politik und der Kultur transformierte. Wir alle kennen die Inflationierung der Wortsilbe »post« und der Buchtitel, die – von der »Risikogesellschaft«, über die »Dienstleistungsgesellschaft« bis zur »Informationsgesellschaft« oder »Netzwerkgesellschaft« (und vielen anderen Zuschreibungen mehr) – diesen Formationsbruch, die Herausbildung einer

Bewegungen verdrängten insbesondere Kapitalismusanalysen in der Tradition der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie. Erst in den späten 1990er Jahren erwachte im Zusammenhang der Widersprüche des Globalisierungsprozesses ein neues Interesse an der politischen Ökonomie des Kapitalismus.

neuen Formation auf den Begriff bringen wollen. Wir sind (in unserem Marburger Arbeits- und Forschungszusammenhängen) dieser Problematik über die Rezeption der französischen »Regulationsschule« sowie der – von Robert Cox begründeten – neogramscianischen Schule der Internationalen Politischen Ökonomie nachgegangen (vgl. Gill 1993; Cox 1998; Bieling/Steinhilber 2000; Candeias/Deppe 2001; Deppe 2006: 257ff.).

Marxistische Erneuerung

Der »Erdrutsch« eröffnete eine Herrschaftskonstellation, die um die Mitte der 1970er Jahre als »mode of discourse« hegemonial wurde,²⁴ danach als Neoliberalismus in eine Phase der »kreativen Zerstörung« übergang und in den 1990er Jahren eine »neue Weltordnung« – unter der Führung der USA – zu begründen schien (Candeias 2004: 73ff.). Nunmehr entfalteten sich aber auch die inneren Widersprüche dieser Herrschaftskonstellation, die sich – auf ganz unterschiedliche Weise in verschiedenen Regionen der Welt – in neuen Formen des Widerstandes und des Kampfes gegen den »Neoliberalismus« verdichteten und zugleich eine Wende auf der Ebene der wissenschaftlichen und politischen Diskurse einleiteten. Die kritische Literatur über die »Schattenseiten der Globalisierung« hat längst die euphorischen Prognosen über die angeblich segensreichen Wirkungen freier Märkte (und schwacher Staaten) für Wohlstand und Demokratie verdrängt (z.B. Stiglitz 2002; Altvater/Mahnkopf 2002). Seit Porto Alegre (1999) wurde die weltweite globalisierungskritische Bewegung als die neue Sozialbewegung im Übergang zum 21. Jahrhundert entdeckt, die ihrerseits ein erneutes Interesse an der Politischen Ökonomie des Kapitalismus entwickelte.²⁵ In Lateinamerika rie-

²⁴ David Harvey, dessen Schriften für die Arbeit des MAK der letzten Jahre (u.a. für die Gemeinschaftsproduktion »Der neue Imperialismus«, Deppe u.a. 2004) eine wichtige Rolle gespielt haben, hat den von Pinochet geführten Militärputsch in Chile gegen den sozialistischen Staatspräsidenten Salvador Allende am 11.9.1973 als den Beginn dieser Ära bezeichnet: »the first experiment in neoliberal state formation« (Harvey 2005b: 7f.).

²⁵ In den »neuen sozialen Bewegungen« – oftmals auch unter »Altmarxisten«, die noch unter dem Schock der Ereignisse von 1989 standen – galt »Ökonomismus« als ein schlimmes Vergehen. Erst in der globalisierungskritischen Bewegung – also z.B. in den Attac-Gruppen, die sich mit der Tobin-Steuer, den internationalen Handelsbeziehungen, dem Washington-Consensus und der Verschuldungskrise, aber auch mit der Rolle und der Politik von internationalen Organisationen wie der WTO und dem IWF beschäftigten – wurden ökonomische Analysen des globalen Kapitalismus – z. B. die Schriften von Jörg Huffschmid, Elmar Altvater, Joachim Bischoff und neuerdings auch Georg Fülberth – wieder zur Kenntnis genommen.

fen die Krisen wie die Folgen der neoliberalen Politik Gegenbewegungen hervor, die inzwischen in zahlreichen Staaten zu einem Regimewechsel zugunsten linker Regierungen geführt haben. In dem Maße, wie die neoliberale Politik – vor allem da, wo sie (wie z.B. im Irak) per Gewalt durchgesetzt werden soll – scheitert, verstärkt sich die Tendenz zu einem autoritären Neoliberalismus (Harvey 2005b: 181f.). Die ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Verlaufsformen dieses Hegemoniezyklus sind selbst zu einem interessanten Forschungsgegenstand geworden. Dabei wäre auf den Forschungsstand über den Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Zyklen (»lange Wellen«) sowie auf die Analysen über Kampfzyklen der sozialen Bewegungen in der Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zurückzugreifen. Der Ansatz von Beverly Silver (2005) analysiert z.B. Zyklen der Kapitalbewegung und der Klassenkämpfe im Globalisierungsprozess seit dem späten 19. Jahrhundert.

Ich skizziere im Folgenden nur einige Bereiche und Felder, in denen sich im Kontext des Epochenübergangs und des Formationsbruchs neue Fragestellungen herauskristallisieren, die ihrerseits eine kritische Überprüfung des alten Erkenntnisstandes erfordern. Dabei bedarf es zugleich intensiver empirischer Forschungen, ohne die die Reformulierung theoretischer Positionen niemals gelingen kann.

■ Die Internationalisierung (»Globalisierung«) des Kapitalismus als Entgrenzung, als Erhöhung der Mobilität des Kapitals, Einbeziehung neuer Regionen in den Weltmarkt, Beschleunigung von Kommunikation, Reproduktion neuer sozialer Widersprüche und Konflikte. Dieses Thema stand im Mittelpunkt zahlreicher Analysen, Konferenzen, Zeitschriftenschwerpunkte der internationalen marxistischen »Scientific Community«. Die Herausbildung einer »neuen Weltordnung«, die von den USA beherrscht wird, steht im Mittelpunkt der Analysen zum »neuen Imperialismus«, der gerade nicht als Fortsetzung des »klassischen Imperialismus« zu begreifen ist (vgl. als Überblick über die Diskussion Deppe u.a. 2004: 71ff.).

■ Der Übergang vom Fordismus zum finanzgestützten Akkumulationsregime des so genannten Shareholder-Value-Kapitalismus. Dabei tritt die Frage nach den Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen des neuen Akkumulationsregimes in den Vordergrund. Das neue Regime räumt jedoch nicht nur den internationalen Finanzmärkten eine privilegierte Funktion ein, sondern greift tief in die Strukturen des Unternehmensmanagements (»corporate governance«) – einschließlich der Regulation der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit – ein. Die Erosion des der »Deutschland-AG« eigenen

Korporatismus (Beziehungen zwischen Staat – Management – Gewerkschaften) wird inzwischen als Folge der Durchsetzung des neuen Finanzmarkt-Regimes erkannt (Sablowski 2005; Windolf 2005).

■ Die Transformation von Staatlichkeit im Zuge der Internationalisierungsprozesse – also die Analysen zum »Wettbewerbsstaat« – vor allem die neueren Arbeiten von Joachim Hirsch und Bob Jessop, aber auch unsere Marburger Analysen zur Transformation von Staatlichkeit im Prozess der europäischen Integration seit den 80er Jahren (Hirsch u.a. 2001; Deppe u.a. 2003).

■ Die Auseinandersetzungen um die »Neue Weltordnung« und insbesondere um die Rolle der USA in der internationalen Politik nach dem Ende des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz. Dabei spielt die Zunahme der Gewalt in den neuen und alten Kriegen, aber auch in den sozialen Problemzonen der armen wie der relativ reichen Gesellschaften eine immer wichtigere Rolle. Gewalt charakterisiert nicht allein die Prozesse der Enteignung von materiellen Ressourcen, öffentlichen Gütern und sozialen Teilhaberechten, die David Harvey (2005a: 137ff.) in den Mittelpunkt seiner Analysen zur »accumulation by dispossession« stellt. Sie kennzeichnet auch die Formen des Widerstandes in verschiedenen Teilen der Welt, die sich gegen zunehmende Enteignung richten. Die Debatte über die »globale Enteignungsökonomie« (Zeller 2004) und über den »neuen Imperialismus« reflektiert die zunehmende Gewaltförmigkeit der Politik. Dazu kommt der Aufschwung des religiösen Fundamentalismus (nicht nur in seinen islamischen Gestaltungen), der vor allem die marxistische Ideologietheorie herausfordert.

■ Die Analysen zur Veränderung der Klassen- und Sozialstrukturen haben einerseits zur Überprüfung zentraler Prämissen marxistischer Klassentheorien (z.B. über die »Arbeiterklasse«) gezwungen; andererseits erleben Klassendiskurse eine Renaissance. Der früh verstorbene Sebastian Herkommer (2005: 57) erklärte dies wie folgt: »Es sind in der Tat die realen sozialen Probleme, insbesondere die sich weit öffnende Schere zwischen Reichtum und Armut (weltweit und in den reichsten kapitalistischen Gesellschaften selbst), sowie die mit der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit sich verschärfenden Phänomene sozialer Ausgrenzung, die in den Sozialwissenschaften zu einer Wiederbelebung von Klassentheorie geführt haben«. Die »Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung« (Bieling 2000) werden von den herrschenden Paradigmen der Sozialwissenschaften nicht erfasst. Das neoliberale Globalisierungsmodell reproduziert ein System der »globalen Apartheid« (Amin 2006), das von Mike Davis in seinem Buch »Planet der Slums« (2007) am Beispiel der sozialen Widersprüche der Urbanisierung (Explosion

der Megastädte) im Süden analysiert wird. Die Veränderung der Klassen- und Sozialstruktur wird auch in den Debatten über die neuen Formen der sozialen Unsicherheit und Marginalisierung thematisiert. Die Forschungen der Jenaer Soziologen um Klaus Dörre (2003 und 2005) zur Ausweitung der Prekarität in die »Mitte der Gesellschaft« konkretisieren die These des französischen Soziologen Robert Castel (2005) zur »Rückkehr der Unsicherheit« und der »neuen Risikoproblematik«, die mit der Transformation der Arbeitsmärkte auf der einen und dem Abbau des universalistischen Sozialstaates auf der anderen Seite verbunden sind. Für die Politikwissenschaft sind im Rahmen der Klassenanalyse a) die Transformationen von Staatlichkeit und b) die Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen – als Folge z.B. der Krise der Gewerkschaften – von Bedeutung. David Harvey (2005b: 31ff.) hat in seiner »Kurzen Geschichte des Neoliberalismus« gezeigt, wie die Durchsetzung der Politik des Neoliberalismus nicht nur mit der Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums zugunsten der oberen Einkommensgruppen, sondern auch mit der Formierung von Klassenmacht zugunsten des »herrschenden Blocks« einhergeht. Diese Dimensionen der Klassenanalyse (»Klassenformierung« als politischer Prozess auf der nationalen wie der internationalen Ebene) bedürfen dringend einer theoretischen Reflexion und empirischen Aufarbeitung (vgl. dazu z.B. van der Pijl 1998).

Auf dem Feld der Ideologiekritik konfrontieren uns – auch in der Politikwissenschaft – die komplexen Prozesse der »Kommodifizierung des Geistes« mit neuen Herausforderungen. Dabei geht es nicht allein um die zunehmende kapitalistische Durchdringung der »Überbauten« – Kultur, Wissenschaft, Bildung –, sondern vor allem um die Transformation der Öffentlichkeit im Medienzeitalter, die auch für die konventionelle Politikwissenschaft von hoher Bedeutung ist, wenn es darum geht, Phänomene der Politikverdrossenheit, der Wahlabstinenz, der Ausgrenzung immer weiterer Teile der Bevölkerung aus der aktiven politischen Partizipation zu analysieren und zu erklären. Macht als Verfügung über die Produktionsmittel des Wissens und seiner Verteilung hat im gegenwärtigen Kapitalismus eine neue Dimension gewonnen.

Der Zerfall zumal der »alten«, der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung (ein zentraler Bestandteil der Krise des Marxismus) in den Metropolen des Kapitals hatte eine lange Vorgeschichte. Die Gewerkschaften traten seit dem Ende der 1970er Jahre (in fast allen entwickelten kapitalistischen Staaten) in eine Phase ein, die von Niederlagen in Streik-

auseinandersetzungen, Mitgliederverlust, Finanzkrisen etc. geprägt waren. Das Modell der »Arbeiterpartei« befand sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Niedergang; in den 1980er Jahren setzte die Krise (bzw. die Auflösung) der einst großen kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien gleichsam den Schlusspunkt. Als Klassenorganisation haben die Gewerkschaften überlebt. Seit den 1990er Jahren (die Entwicklung verläuft äußerst ungleichzeitig) sind sie dabei, sich aus der Konstellation der Defensive und des Niedergangs herauszuarbeiten. Die alte Arbeiterbewegung der II. und der III. Internationale ist (nach meiner Überzeugung) tot.

Gleichwohl gibt es einen Aufschwung von Arbeiterbewegungen, allgemeiner: von sozialen Bewegungen in der ganzen Welt, die sich gegen die Folgen der Durchkapitalisierung und der Enteignungsprozesse zur Wehr setzen. Beverly Silver (2005: 18) schreibt in der Einleitung von »Forces of Labor«: »Ab Ende der 1990er Jahre machten jedoch immer mehr Beobachter einen Aufschwung der Arbeiterbewegung aus. Dies zeige sich vor allem an der weit verbreiteten Bewegung gegen die durch die aktuelle Globalisierung ausgelösten Produktionsverlagerungen.« Mit Blick auf die USA schreibt sie über das zunehmende Interesse – als Reflex auf die wirklichen Kämpfe: »Neue Zeitschriften wurden mit dem Ziel herausgegeben, Akademikerinnen und Akademiker zu einem aktiven Eingreifen in die Arbeiterbewegung zu motivieren (zum Beispiel *Working USA*). Große wissenschaftliche Konferenzen wurden organisiert und im Jahr 2000 wurde innerhalb der *American Sociological Association* eine neue Sektion »Arbeiterbewegungen« gegründet.« (ebd.). Inzwischen hat sich die internationale Gewerkschaftsforschung – vor allem in Westeuropa – dem Thema der »Revitalization« und des »Union Renewals« zugewandt (als Überblick über den Forschungsstand Hälker/Vellay 2006). Auch die Frage nach Ansätzen einer gewerkschaftlichen Strategiebildung im Globalisierungsprozess ist dabei ins Blickfeld der Sozialwissenschaften geraten (z.B. Harrod/O'Brien 2002).

Wir haben in unseren Analysen zur europäischen Integration zeigen können, dass in den meisten Ländern die Gewerkschaften in die Rolle des wichtigsten (zivilgesellschaftlichen) Gegenspielers gegen die neoliberale Politik geraten sind, wobei die Formierung eines »gegenhegemonialen Blockes« gewiss noch ganz am Anfang steht. Besonders wichtig sind auf diesem Felde die Arbeiten von Dieter Boris über »soziale Bewegungen in Lateinamerika«; denn hier vollziehen sich Veränderungen, in denen sich nicht nur soziale Gegenbewegungen gegen die (nationale wie die globale) Politik des Neoliberalismus formiert haben, sondern die auch schon auf der Ebene der po-

litischen Machtverteilung (in ganz unterschiedlichen Formen) tiefgreifende Veränderungen bewirkt haben (Boris 1998; Boris 2002; zuletzt: Boris u.a. 2005; Boris/Tittor 2006). Dass dort auch schon wieder (von Intellektuellen wie politischen Leitfiguren) die Frage diskutiert wird, was eigentlich »Sozialismus im 21. Jahrhundert« sei (Dieterich 2006), zeigt einmal mehr, dass die Geschichte (und damit auch die offenen Fragen für marxistische Theorie und Forschung) keineswegs an ihr Ende gelangt ist.

Den »Imperialismus« der neoliberalen Ökonomen zurückweisen

Dieses Kaleidoskop von Analysefeldern und von Autoren erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zunächst einmal soll so Vielfalt und Breite einer internationalen Forschungspraxis und Diskussion aufgezeigt werden, in der sich die Arbeit an der »Erneuerung« marxistischer Theorie und Analyse vollzieht. Man könnte es auch als eine Art Arbeitsprogramm (an dem sich möglichst viele zu beteiligen hätten) auf vielen »Baustellen« verstehen. Dabei dürfte deutlich sein, dass nur ein »offener Marxismus« – also das Gegenkonzept zu einer geschlossenen, monistischen Weltanschauung – dieser Aufgabe gerecht werden könnte. Inzwischen haben sich – in diesem Erneuerungsprozess – internationale Netzwerke etabliert. Beeindruckende Beispiele sind dafür z.B. verschiedene Zeitschriftenprojekte, das von Leo Panitch und Colin Leys herausgegebene Jahrbuch »Socialist Register« und das von Wolfgang Fritz Haug u.a. – unter bescheidenen materiellen Bedingungen – realisierte Projekt des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus«, von dem inzwischen sieben Bände erschienen sind. Wir haben uns mit der Marburger Forschungsgruppe Europäische Integration und mit dem MAK in den letzten Jahren immer wieder darum bemüht, die bedeutendsten Vertreter/innen dieser internationalen Debatten zu Vorträgen und Konferenzen nach Marburg einzuladen. Die internationale Bewegung der »Sozialforen« (von Porto Alegre bis hin zu den regionalen Sozialforen) ist in diesem Erneuerungsprozess besonders wichtig, weil hier die Vertreter/innen der globalisierungskritischen, sozialen Bewegungen und die Intellektuellen, die an der Erneuerung einer kritischen Kapitalismuskritik arbeiten, zusammentreffen und sich austauschen.

Für die Politikwissenschaft – um auf die eigene Fachdisziplin zurückzukommen – ergibt sich aus dem widersprüchlichen Prozess der Durchsetzung der neuen Formation des »globalen High-Tech-Kapitalismus« vor allem die

Aufgabe der Analyse der Transformation des Staates – sowohl hinsichtlich der »Internationalisierung« des Staates als auch hinsichtlich der Transformation zum »Wettbewerbsstaat«, dessen Hauptaufgabe darin besteht, den »nationalen Standort« im globalen Wettbewerb abzusichern. Dieser Prozess hat vielfältige Dimensionen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Die übergreifende Thematik – der »rote Faden«, der viele Einzelthemen durchzieht – betrifft das Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Staat und Markt. Mehr als ein Jahrhundert lang schien der kontinuierliche Ausbau des Interventionsstaates – auf dem Felde der ökonomischen Steuerung (Keynesianismus), durch den Ausbau des »Sicherheitsstaates« und auch durch den Ausbau des (westeuropäischen) Sozialstaates – eine Art »Naturgesetz« zu sein. Der damit verbundene Korporatismus war das adäquate politische System, um die polarisierenden Wirkungen der kapitalistischen Ökonomie und der mit ihr verbundenen sozialen Risiken (z.B. Arbeitslosigkeit) durch die integrativen Wirkungen sozialer Bürgerrechte abzuschwächen. Im Kern war dies der »Klassenkompromiss« des modernen »Wohlfahrtsstaates«, den Politologen als Gestalt des »embedded liberalism« (Ruggie) der Nachkriegszeit bezeichnet haben. Dieser war auch eine Reaktion auf die Katastrophen der Zwischenkriegsperiode, deren Ursachen Karl Polanyi in seiner »Great Transformation« im Jahre 1944 analysiert hatte: »der Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens verlieh diesem Jahrhundert seine Dynamik (von Krisen und Kriegen, der Zerstörung der Zivilisation, F.D.) und erzeugte die typischen Spannungen, die zur Zerstörung dieser Gesellschaften führten. Die Kriege beschleunigten bloß diesen Prozess« (Polanyi 1978: 329).

Im »Erdrutsch« (Hobsbawm) hat sich diese Tendenz umgekehrt. Mit der Politisierung der Ökonomie wurden über den demokratischen Staat die Ansprüche einer geordneten Gesellschaft und eines öffentlichen Raumes gegenüber der kapitalistischen Marktökonomie und dem unumschränkten Primat der Kapitalverwertung geltend gemacht. Die Ökonomisierung der Politik bedeutet hingegen, a) dass das politische System den Funktionserfordernissen des globalen Standortwettbewerbs angepasst wird, dass b) der Staat »für die Wirtschaft« billiger wird (vor allem durch Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen), c) die Institutionen und Akteure, die gesellschaftliche Interessen gegenüber der privaten Kapitalverwertung vertreten (z.B. Gewerkschaften, Sozialverbände oder Institutionen des Bildungswesens und der Wissenschaft), geschwächt werden, und dass schließlich d) über den Staat und seine ideologischen Apparate als herrschende Meinung gefestigt werde,

dass die Lösung gesellschaftlicher Probleme durch den Markt stets effektiver bewältigt werden könne als durch den Staat und dass dabei zugleich individuelle Freiheitsräume gegenüber (angeblich) kollektiver Entmündigung (durch staatliche Regelungen) erweitert werden. Je mehr sich diese Tendenzen in der Praxis durchsetzen – und das ist der Kern der Argumentation von Karl Polanyi –, um so mehr wirken Tendenzen der Zerstörung von Gesellschaftlichkeit (Solidarität) und des öffentlichen Raumes, denen mehr und mehr die Ressourcen für ein erfolgreiches Funktionieren entzogen werden.

Der Zerfall des öffentlichen Raumes, der eine »Krise der Repräsentation« (Ingrao/Rossanda 1996) und eine substantielle Gefährdung der Demokratie²⁶ einschließt, wird materiell durch die gewaltigen Privatisierungswellen im Bereich der öffentlichen Güter (seit den 1980er Jahren) fundiert. Dazu hat die Privatisierung der Medien – verbunden mit der »Herrschaft der Quote« – die Tendenz zur Entpolitisierung, zur medialen Personalisierung von Politik erheblich verstärkt. Wenn aber die Wissenschaft und die Institution Universität auf die Bedürfnisse des ersten Arbeitsmarktes, auf Forschungen, die direkt der Kapitalverwertung dienen, auf Wissen, das direkt verwertbar (verkaufbar) ist, auf den schlanken Staat, der immer mehr Funktionen »outsourct« (d.h. privatisiert), zugeschnitten werden – dann wird auch eine kritische Sozialwissenschaft, eine kritische Politikwissenschaft, die sich solchen Tendenzen entgegenstellt, unvermeidlich der Tendenz zur Ökonomisierung des Politischen unterliegen. Sie wird gezwungen werden (wenn sie überleben will), sich den Erfolgreichen in der Politik wie in der Wirtschaft anzubiedern. Dafür gab und gibt es in den vergangenen Jahren zahlreiche Beispiele – in verschiedenen Bundesländern, an verschiedenen Universitäten, an denen durch den Abbau von Stellen in den sozialwissenschaftlichen Bereichen (auch unter Berufung auf die schlechter werdenden Chancen der Studierenden auf dem Arbeitsmarkt) Stellen und Mittel abgebaut wurden. Man könnte also annehmen, dass es – da es hier in letzter Instanz um Existenzfragen des Faches geht – ein gemeinsames Interesse von Vertretern verschiedener Richtungen und Arbeitsschwerpunkte in der Politikwissenschaft geben müsse, den »Imperialismus der (an der Neoklassik orientierten) Ökonomen« zurückzuweisen; von denen nicht wenige die Demokratie als eine

²⁶ Wilhelm Heitmeyer (2001: 500) vertritt die These, »dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiatere Rechtspopulismus gefördert werden ... wo die Marktorthodoxie siegt, stirbt die Demokratie...«

strukturelle Gefährdung für ein optimales Funktionieren des Marktes (und damit der ökonomischen Effizienz) ansehen.

Ich komme zum Schluss. Obwohl ich in dieser Vorlesung auf verschiedene Beiträge und Ansätze zu einer Erneuerung marxistischer Theorie und Analyse hingewiesen habe, bin ich nicht der Illusion verfallen, dass der bloße Nachweis der Notwendigkeit einer kritischen, materialistischen Politikwissenschaft schon Garant ihrer Überlebensfähigkeit in den Institutionen unseres Wissenschaftssystems sein könne. Ich bin Realist genug, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nunmehr als einer der letzten aus jener Generation abtrete, die im Gefolge der Studierendenbewegungen der späten 1960er Jahre und der Reformpolitik der frühen 1970er Jahre die Chance (und das Glück) hatten, auf eine Professur berufen zu werden. Bertolt Brecht lässt »Me-ti« sagen: »Jeder Lehrer muss lernen, mit dem Lehren aufzuhören, wenn es Zeit ist. Das ist eine schwere Kunst.« Am Schluss dieser Passage heißt es – und wer von uns würde dem nicht zustimmen: »So schlimm es ist, keinen Rat zu bekommen, so schlimm kann es sein, keinen geben zu dürfen.«

In Marburg haben seit der Berufung von Wolfgang Abendroth im Jahr 1952 – natürlich individuell höchst verschieden – Wissenschaftler gelehrt und geforscht, die sich als Marxisten begriffen haben und (als Repräsentanten der Abendroth-Schule mit ihren spezifischen Schwerpunkten) auch (ebenfalls in unterschiedlicher Intensität) in politische Auseinandersetzungen zur Unterstützung des linken Flügels der real existierenden Arbeiterbewegung interveniert haben. Dafür sind wir schon in den Jahren 1967/68 als »Traditionalisten« kritisiert worden – wobei viele unserer Kritiker längst ins Establishment, das sich jetzt schwarz-grün färbt, aufgestiegen sind und sich dafür feiern lassen, dass sie als einst linksradikale Randgruppenkämpfer inzwischen als Mitglieder der herrschenden Elite – z.B. als Minister oder als Journalisten der »Zeit« – anerkannt sind. »Traditionalisten« machen natürlich auch Fehler und sie entsprechen nicht immer dem Modell von »Erfolgsmenschen«. Wer sich mit den Subalternen einlässt, gehört nicht unbedingt zu den glamourösen Erscheinungen des heutigen – auch wissenschaftlichen – Showgeschäfts. Aber solche »Traditionalisten« sind vielleicht besser gewappnet, schwere Zeiten der Niederlage zu überstehen und zu analysieren, ohne dabei ihre Identität zu verlieren und moralisches Kapital zu verschleudern. Zumindest hat uns dies die Vita von Wolfgang Abendroth gelehrt (Urban u.a. 2006).

Meine Prognosen über die Zukunft des Marxismus – zumal in den Universitäten dieses Landes – bleiben zurückhaltend und skeptisch, obwohl ich

weiß, wie viele hoch qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für diese Arbeit der Erneuerung auch hierzulande zur Verfügung stehen. Die Formel »Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens«, die Antonio Gramsci zugeschrieben wird (die dieser aber von Romain Rolland übernommen hatte), gilt auch für diesen Bereich. Wir sind einerseits wieder in einer Situation, in der etwa nach dem Vorbild der angelsächsischen Universitäten oder der Universitäten in Frankreich, Spanien und Italien – zumal im Bereich der Sozialwissenschaften – Pluralismus gegen das Einheitsdenken einzuklagen wäre. Auf der anderen Seite wird wohl ohne großen gesellschaftlichen und politischen Druck von außen die gegenwärtige Machtkonstellation an den Universitäten nicht zu ändern sein.

Ich möchte mich mit der Bemerkung verabschieden, dass ich in den vergangenen 40 Jahren die Arbeit an der Universität Marburg im Institut für Politikwissenschaft als Privileg, als Verpflichtung gegenüber denen, die meine Berufung unterstützt hatten, aber auch als eine Arbeit empfunden habe, die – in der Regel, im Durchschnitt – mehr Freude als Verdruss bereitet hat. Ich hoffe, es ist mir gelungen, dies auch gegenüber den Studierenden deutlich werden zu lassen. Dazu haben viele Menschen beigetragen, mit denen ich zusammen lebe und mit denen ich bis heute – wissenschaftlich und politisch – zusammenarbeite. Und dafür möchte ich mich bedanken! Die Geschichte ist noch längst nicht »am Ende«; Fukuyama hat sich 1992 geirrt! Die Franzosen sagen bei dieser Gelegenheit: »La lutte continue!«

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1967): Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied.
- Albers, Detlev/Goldschmidt, Werner/Oehlke, Paul (1971): Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek bei Hamburg.
- Althusser, Louis (1978): Krise des Marxismus, Hamburg.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit, Münster.
- Amin, Samir (2006): Apartheid global. Der neue Imperialismus und der globale Süden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2006, S. 163ff.
- Anderson, Perry (1978): Über den westlichen Marxismus, Frankfurt/Main.
- BdWi, Sektion Marburg (Hrsg.) (1977): Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse, Köln.
- Bieling, Hans-Jürgen (2000): Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung, Münster.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.

- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Boris, Dieter (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg.
- Boris, Dieter (2002): Macht und Ohnmacht sozialer Bewegungen in Lateinamerika, in: ders., Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung, Hamburg, S. 145-166.
- Boris, Dieter u.a. (2005): Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie, Hamburg.
- Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegung und Alternativen, Hamburg.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg.
- Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.
- Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History, New York.
- Cox, Robert W. (1998): Weltordnung und Hegemonie in der Internationalen Politischen Ökonomie, FEG-Studie Nr. 11, Marburg.
- Davis, Mike (2007): Planet der Slums, Berlin/Hamburg.
- Deppe, Frank (1985): Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945-1985: von der Bewegung zur Stagnation? In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 8/1985, Frankfurt/Main, S. 58-91.
- Deppe, Frank (1989): Der Sozialismus und die geistige Situation am Ende des Jahrhunderts, in: Helga Grebing u.a., Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven, Essen 1989, S. 26-42.
- Deppe, Frank (1991): Krise des Marxismus? In: Thomas Brüsemeister u.a. (Hrsg.), Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Beiträge zur marxistischen Theorie heute, Berlin, S. 76-96.
- Deppe, Frank (1998): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Keimzelle der Bewegung von 1968? In: Buckmiller, Michael/Perels, Joachim (Hrsg.), Opposition als Triebkraft der Demokratie. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag, Hannover, S. 112-127.
- Deppe, Frank (2003): Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 43, Juni 2003, S. 71-96.
- Deppe, Frank (2006): Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Konfrontation der Systeme, Hamburg.
- Deppe, Frank (2006a): »Kapitalismus Reloaded«. Widerstand und Perspektiven jenseits des Kapitalismus, in: Sozialismus 1/2006, S. 20-27.
- Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen (Hrsg.) (1977): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln (1989 erschien die überarbeitete und

- erweitete 4. Auflage).
- Deppe, Frank/Felder; Michael/Tidow, Stefan (2003): Structuring the State. The Case of European Employment Policy, in: Kohler-Koch, Beate (Ed.): Linking EU and National Governance, Oxford, S. 175-200.
- Deppe, Frank/Heidbrink, Stefan/Salomon, David/Schmalz, Stefan/Schoppengerd, Stefan/Solto, Ingar (2004): Der neue Imperialismus, Heilbronn.
- Dieterich, Heinz (2006): Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin.
- Dinnebier, Käte/Deppe, Frank (1979): Marburg, in: Bamberg, Hans-Dieter u.a., Hrsg., Hochschulen und Gewerkschaften, Köln, S. 236-246.
- Dörre, Klaus (2003): Neubildung von gesellschaftlichen Klassen, in: Bischoff, Joachim u.a., Klassen und soziale Bewegungen, Hamburg, S. 18-32.
- Dörre, Klaus (2005): Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik, in: Richard Detje u.a. (Hrsg.), Arbeitspolitik kontrovers, Hamburg, S. 73-103.
- Gamble, Andre/Marsh, David/Tant, Tony (Eds.) (1999): Marxism and Social Science, Urbana and Chicago.
- Gill, Stephen (1993): Gramsci, Historical Materialism and International relations, Cambridge.
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Band 7, Hamburg.
- Hälker, Juri/Vellay, Claudius (Hrsg.) (2006): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung, Düsseldorf (edition der Hans-Böckler-Stiftung 179).
- Harrod, Jeffrey/O'Brien, Robert (Eds.) (2002): Global Unions? Theory and Strategies of Organized Labour in the Global Political Economy, London and New York.
- Harvey, David (2005a): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Harvey, David (2005b): A Brief History of Neoliberalism, Oxford [deutsch: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich 2007].
- Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/Main, S. 497-534.
- Herkommer, Sebastian (2005): Ausgrenzung und Ungleichheit. Thesen zum neuen Charakter unserer Klassengesellschaften, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank (Hrsg.), Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 57ff.
- Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (2001): Die Zukunft des Staates, Hamburg.
- Hobsbawm, Eric (1998): Das Zeitalter der Extreme, München.
- Hobsbawm, Eric (2003): Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München.
- Ingrao, Pietro/Rossanda, Rossana (1996): Verabredungen zum Jahrhundertende, Hamburg.
- Jung, Heinz/Schleifstein, Josef (1979): Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, Frankfurt/Main.

- Kracauer, Siegfried (1992): *Der verbotene Blick*, Leipzig.
- Miliband, Ralph (1977): *Marxism and Politics*, Oxford.
- Panitch, Leo/Leys, Colin (2001): *Introduction, Socialist Register 2001*, London/ New York.
- Peter, Lothar (2006): *Der Kampf gegen das CPE. Neue Aspekte der Protestbewegung in Frankreich*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* Nr. 66, Juni 2006, S. 61-71.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation*, Frankfurt/Main.
- Sablowski, Thomas (2005): *Handlungskonstellationen im Shareholder-Kapitalismus*, in: Richard Detje u.a., *Arbeitspolitik kontrovers*, Hamburg, S. 15-27.
- Schäfer, Gerhard (2006): *Das Marburger Dreigestirn: Wolfgang Abendroth – Heinz Maus – Werner Hofmann. Zur Vorgeschichte kritischer Gesellschaftswissenschaft in Marburg*, in: Stephan Moebius/Gerhard Schäfer (Hrsg.), *Soziologie als Gesellschaftskritik. Wider den Verlust einer aktuellen Tradition*, Hamburg.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin.
- Urban, Hans-Jürgen/Buckmiller, Michael/Deppe, Frank (Hrsg.) (2006): *»Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie«*. Zur Aktualität Wolfgang Abendroths, Hamburg.
- van der Pijl, Kees (1998): *Transnational Classes and International Relations*, London and New York.
- Vetter, Heinz Oskar (1979): *Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?* (1977), In: Hans-Dieter Bamberg u.a. (Hrsg.), *Hochschulen und Gewerkschaften*, Köln, S. 446-457.
- Windolf, Paul (Hrsg.) (2005): *Finanzmarkt-Kapitalismus*, Sonderband 45 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Wiesbaden.
- Wirth, Margret (1982): *Kapitalismustheorie in der DDR*, Frankfurt/Main.
- Zeller, Christian (Hrsg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster.

Die letzten Supplements

- 1/2007 Joachim Bischoff/Richard Detje
Das Europäische Sozialmodell und die Gewerkschaften
- 11/2006 **Jakob Moneta**
Ein Film von Juri Hälker | DVD
- 9/2006 Brigitte Kurzer/Horst Mathes/Manfred Scherbaum (Hrsg.)
Bildung ist der Rede wert
- 7-8/2006 Alex Demirovic/Joachim Bischoff/Christoph Lieber
Intellektuelle zwischen Fordismus und Postfordismus
- 5/2006 Karl Heinz Roth/Joachim Bischoff/Christoph Lieber
Sozialstaat – Nationalstaat – linke Alternativen
- 3/2006 Michael Brie
Die Linke – was kann sie wollen?
Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus
- 1/2006 Klaus Bullan/Margit Frackmann/Ilse Schur
**»Deutsche Bildungskatastrophe«
mögliche und Alternativen**
- 12/2005 Nihat Öztürk
Europa kommt aus dem Orient
- 11/2005 Bob Jessop
Macht und Strategie bei Poulantzas und Foucault
- 8-9/2005 Sozialistische Studiengruppen
Bundesrepublik Deutschland 2005
Eine andere Politik ist wählbar
- 7/2005 Joachim Bischoff
**Die SPD und die Zerstörung
des »Rheinischen Kapitalismus«**
- 5/2005 Jörg Wollenberg
Pergamonaltar und Arbeiterbildung
- 3/2005 Michel Aglietta/Antoine Rebérioux
**Vom Finanzkapitalismus
zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie**

Frank Deppe bei VSA



Frank Deppe Politisches Denken im Kalten Krieg

Teil 1: Die Konfrontation der Systeme

VSA

Band 3 der Reihe »Politisches Denken im 20. Jahrhundert«

Teil 1: Die Konfrontation der Systeme

332 Seiten; € 24.80

ISBN 978-3-89965-169-0

»... eine beeindruckende Geschichte der zentralen Entwicklungen des Kapitalismus nach 1945«

(Zeitschrift Z – Marxistische Erneuerung)



Hans-Jürgen Urban/Michael Buckmiller/
Frank Deppe (Hrsg.)

»Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie«



Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth

VSA

Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth
216 Seiten; Hardcover; € 16.80

ISBN 978-3-89965-196-6

Abendroth verkörperte wie kaum ein anderer die Geschichte der Linken in Deutschland: als unermüdlicher Streiter für die Aktualität des Marxismus und die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Hans-Jürgen Bieling/Klaus Dörre/Jochen Steinhilber/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)

Flexibler Kapitalismus

Analysen – Kritik – Politische Praxis

Frank Deppe zum 60. Geburtstag

400 Seiten; € 20.40

ISBN 978-3-87975-830-2

VSA

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

Frank Deppe bei VSA

Frank Deppe Politisches Denken im 20. Jahrhundert Die Anfänge



Band 1: Die Anfänge

400 Seiten; € 20.40

ISBN 978-3-87975-747-3

»Mir ist kein Buch bekannt, das diese bedeutende Umbruchzeit so kompakt, umfassend und kompetent behandelt wie dieses. Wer es gelesen hat, weiß mehr vom 20. Jahrhundert.«

(Analyse & Kritik)

Wer die Bände 1 und 2 zusammen bestellt, erhält beide Bücher für € 45,-
ISBN 978-3-89965-023-5

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

mail: info@vsa-verlag.de

VSA

Frank Deppe Politisches Denken zwischen den Weltkriegen



Band 2 der Reihe »Politisches Denken
im 20. Jahrhundert«

Carl Schmitt, John Maynard Keynes,
Walter Lippmann, Rudolf Hilferding,
Antonio Gramsci, Max Horkheimer,
Theodor W. Adorno, Mahatma Gandhi,
Mao Ze Dong

560 Seiten; € 34.80

ISBN 978-3-89965-001-3

»Ein faktenreiches, ein spannendes, ein
intelligent geschriebenes, ein äußerst
empfehlenswertes Buch – hoffentlich
kommen bald noch weitere solche
Bände aus der Feder Deppes.«

(terz – Düsseldorfer Stadtzeitung)

www.vsa-verlag.de